

GRUNDSATZPAPIER

UMWELTSCHUTZ IST KRISENSCHUTZ

UMWELTSCHUTZ IST KRISENSCHUTZ

Die Notwendigkeit von Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Linderung und Vermeidung von Krisen – Ein Grundsatzpapier

Während einer Krise stehen – je nach Ursache der Krise, sofern es sich nicht um eine Umweltkrise handelt – zumeist andere politische Themen im Vordergrund als der Schutz unserer Lebensgrundlagen. In der Corona-Krise standen bisher Gesundheits- und Wirtschaftspolitik oder auch die Digitalisierung im Fokus. Warum gerade zur Abwehr und Linderung von Krisen Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit von grundsätzlicher und sogar existenzieller Bedeutung sind, wird nachfolgend beschrieben. Zu Details wird auf weiterführende Papiere zu den einzelnen Themen verwiesen.

Krisen wie die Corona-Krise bieten die Chance, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit auf allen Ebenen auf neue Grundlagen zu stellen. Die Corona-Krise hat gezeigt, zu welchen Leistungen und Verzichten unsere Gesellschaft in kürzester Zeit und solidarisch bereit und in der Lage ist, sobald die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen zur Beendigung oder Abmilderung der Krise erkannt worden ist.

Grundsätzlich gilt: Während einer Krise wie der Corona-Krise ist es für die Menschheit fatal, wenn Umweltprobleme oder Probleme, die auf ein nicht nachhaltiges Wirtschaftssystem zurückzuführen sind, die bestehenden krisenspezifischen Probleme noch dramatisch verstärken. Gleichzeitig können Umweltkrisen schon für sich allein immense Dimensionen annehmen. Deshalb sind Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit immer auch vorbeugendes Krisenmanagement.

Im Folgenden soll dies anhand einiger Themenbereiche verdeutlicht werden:

1. Mehr Klimaschutz
2. Nachhaltige Stadtentwicklung (grüne und blaue Infrastruktur)
3. Trink- und Grundwasserschutz intensivieren, natürlichen Hochwasserschutz vorantreiben
4. Schutz und Förderung der Landwirtschaft, Ökologisierung der Landwirtschaft
5. Reduzierung von Antibiotika in der Tierhaltung, Umstellung der Nutztierhaltung
6. Ausbau der Erneuerbaren Energien und Verkehrswende umsetzen
7. Intensivierung des Artenschutzes, des Schutzes der Biodiversität, von Waldschutz und -umbau und Verbot des Handels mit exotischen Tieren
8. Mehr Einsatz für saubere Luft
9. Für eine nachhaltige Globalisierung - ökologische und soziale Standards als Grundlage für fairen Handel und faire Handelsabkommen
10. Nachhaltige Wirtschaft, Green Deal als Basis für Nachhaltigkeit

1. Mehr Klimaschutz

Bei der Erderwärmung durch den Klimawandel handelt es sich um eine mit ihren stärksten Auswirkungen noch in der Zukunft liegende Krise, die nicht wie Corona sofort

und unmittelbar wirkende Folgen zeigt. Sie baut sich langsam auf und verführt deshalb dazu, das Potenzial der Krise zu unterschätzen. Denn es geht heute ja noch halbwegs gut und man gewöhnt sich an kleine negative Veränderungen, ohne zu erkennen, dass diese kumulativ in eine Katastrophe führen können. Vergleichbar ist dies mit Corona, auf dessen Ausbruch in China man in Europa und anderswo zunächst nicht reagiert hat, obwohl die weltweite Ausbreitung absehbar war. Corona hätte vermutlich bei schneller und konsequenter Sofort-Reaktion zumindest besser eingedämmt werden können.

Mittel- und langfristig kann der Klimawandel erwiesenermaßen deutlich schlimmere Auswirkungen haben als das Corona-Virus. Allerdings wird der Klimawandel bei Erreichen seiner nächsten Höhepunkte und klimatischen Kippunkte nicht durch rasch umsetzbare Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen zügig wieder einzudämmen sein. Impfmittel oder Medikamente können kurzfristig bei Epidemien helfen, aber nicht bei der Klima-Krise, wo frühzeitige und vor allem langfristige Lösungen notwendig sind.

Die Corona-Krise hat aber auch gezeigt, dass unsere Gesellschaft bereit ist, sogar rigide Maßnahmen hinzunehmen, wenn es der Abwendung großer Gefahren für Leben und Gesundheit dient. Die Politik sollte daher Lehren aus der Corona-Krise ziehen und angesichts der Lebens-Bedrohung durch den Klimawandel endlich wirksame Maßnahmen ergreifen. Diese würden heute bei weitem noch nicht die Dimensionen der Corona-Maßnahmen haben, müssen aber geeignet sein, die drohende massive Krise durch die Klimaüberhitzung abzuwenden. Denn wenn der Klimawandel endgültig zu einer unbeherrschbaren globalen Krise geworden ist, ist es zu spät. Und wenn dann noch eine weitere, heute nicht absehbare Krise wie eine Pandemie oder ähnliches hinzukommt, kann dies fatale Folgen haben. Sollten während einer Krise durch den Klimawandel Ernteauffälle zu beklagen sein und im schlimmsten Falle gleichzeitig weltweit die Lebensmittelketten zusammenbrechen, sind die Folgen unabsehbar. Dann ist die Ernährungssicherheit mit allen weiteren negativen gesellschaftlichen Folgen gefährdet. Der Run auf Klopapier wie in der Corona-Krise wird dann ein kleiner Abklatsch dessen sein, was uns in einer solchen Situation erwartet. Bedingt durch den Klimawandel wandern zudem immer mehr Arten aus dem Süden bei uns ein, die es früher bei uns nicht gab. Einige dieser Arten können Krankheiten übertragen, die uns gefährlich werden können.

2. Nachhaltige Stadtentwicklung

Eine bereits spürbare konkrete Folge der Erderhitzung sind heiße Sommer mit einer deutlich zunehmenden Zahl von Nächten, in denen die Temperatur über der 20 Grad-Marke bleibt. Diese so genannten „Tropennächte“ haben bereits heute für viele Menschen massive gesundheitliche Auswirkungen bis hin zu einer höheren Sterblichkeitsrate und würden im Falle einer Pandemie, bei der jedes Krankenhausbett dringend benötigt wird, zur Überlastung des Gesundheitssystems beitragen. Ungeachtet dessen werden jedoch Frischluftschneisen und so genannte Kaltluftentstehungsgebiete wie Grünflächen und andere mit Vegetation bestandenen Flächen weiterhin rücksichtslos zugebaut. Stattdessen ist es zwingend notwendig, Stadtentwicklung nachhaltiger und grüner zu denken als bisher und unsere Kommunen an den Klimawandel anzupassen. Dazu gehört neben dem Erhalt der Frischluftschneisen, des Grüns und der Wälder rund um die Städte auch die ausreichende Versorgung unserer

Kommunen mit Wasser. Bereits heute trocknen in heißen und regenarmen Sommern unsere Städte geradezu aus. Deshalb muss im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung deutlich mehr Wert auf die so genannte „blaue Infrastruktur“ gelegt werden: Niederschlagswasser muss in den Städten gehalten werden („Schwammstadt“). Wir brauchen also eine grüne und blaue Infrastruktur. Eine hohe Einwohnerdichte auf engem Raum bedeutet in Krisen eine höhere Empfindlichkeit gegenüber der Krise. Gleichzeitig folgen der zunehmenden Urbanisierung eine erhöhte Bautätigkeit und die damit zusammenhängende Grünflächenzerstörung, während anderswo Gewerbe- und Wohnungsleerstand vorherrschen. Es sind daher kommunal angepasste, aber auch übergreifende Lösungen zu entwickeln, die in den Kommunen den Flächenverbrauch deutlich reduzieren und stattdessen mehr Grüne und Blaue Infrastruktur in unseren Städten schaffen. Eine übergreifende Möglichkeit hierfür ist die Umsetzung der „Gleichwertigen Lebensverhältnisse“ oder z.B. die Intensivierung der Digitalisierung insbesondere auch außerhalb der Metropolen.

3. Trink- und Grundwasserschutz intensivieren, natürlichen Hochwasserschutz vorantreiben

Gerade in Krisenzeiten, aber auch unabhängig davon ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser unabdingbar. Dem Grund- und Trinkwassermanagement, der Einhaltung der Grenzwerte, der Sauberhaltung des Wassers vor laufender Verschmutzung sowie der Verhinderung von Verschmutzung durch Industrieunfälle müssen deshalb wesentlich höhere Priorität eingeräumt werden. Das lebensnotwendige Grundwasser muss endlich effektiv gegen die Verunreinigung durch Überdüngung geschützt werden. Auch Hochwasserereignisse und Sturzfluten können eine Krise verschlimmern. Deshalb sind der natürliche Hochwasserschutz und das Sturzflutmanagement deutlich zu verstärken.

4. Schutz und Förderung der Landwirtschaft, Ökologisierung der Landwirtschaft

Wie bei Medikamenten oder Medizinprodukten müssen wir auch bei Lebensmitteln die Abhängigkeit von Dritten dort reduzieren, wo es möglich ist. Lebensmittelknappheit stellt bereits in normalen, krisenfreien Zeiten ein Problem dar, erst recht jedoch in einer Krise. Es ist daher zwingend notwendig, unsere heimische Landwirtschaft, die in der Corona-Krise als systemrelevant erkannt wurde, zu bewahren und zu unterstützen. Dazu gehört, dass sie zu erzeugergerechten Preisen ausreichend Lebensmittel für den heimischen Bedarf produzieren kann und gleichzeitig die Umwelt schont. Dafür sind vordringlich regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten zu fördern. Spekulationen mit landwirtschaftlichem Boden und Lebensmitteln sowie der Entzug landwirtschaftlicher Flächen durch Bebauung sind zu verhindern. Um Abhängigkeiten von internationalen Agrar-Konzernen zu beenden und die ebenfalls überlebensnotwendige Artenvielfalt zu bewahren, muss der ökologische Landbau gefördert werden.

5. Reduzierung von Antibiotika in der Tierhaltung, Umstellung der Nutztierhaltung

Der Einsatz von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung muss reduziert werden. Im Falle einer durch Bakterien verursachten Pandemie sind wir auf Antibiotika angewiesen. Durch zu hohen Antibiotikaeinsatz verursachte Antibiotika-Resistenzen stellen dann ein immenses gesundheitliches Problem dar. Um den Antibiotika- und

Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung zu reduzieren, ist die Nutztierhaltung tiergerechter und krisenfester zu gestalten.

6. Ausbau der Erneuerbaren Energien und Verkehrswende umsetzen

Bei der Energieversorgung ist ebenfalls eine Loslösung von der Abhängigkeit von Dritten erforderlich. Nur durch die Stärkung heimischer Energieproduktion kann die Import-Abhängigkeit von noch dazu klimaschädlichen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle beendet werden. Auch hier würde außerdem das Zusammenbrechen von Lieferketten oder der Ausfall der Förderkapazitäten in Drittstaaten zu schlimmsten Folgen führen. Energieautarkie und gleichzeitiger Klimaschutz lassen sich bei uns nur durch den massiven und dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien herstellen. Parallel muss auch unsere Mobilität die Abhängigkeit von Energieimporten wie Öl verlassen und auf hier erzeugte Energie zurückgreifen. Deshalb ist der Umstieg auf Erneuerbare Energien (Elektrizität, Wasserstoff etc.) auch im Verkehrsbereich deutlich stärker zu forcieren als dies bisher der Fall ist.

7. Intensivierung des Artenschutzes, des Schutzes der Biodiversität, von Waldschutz und -umbau und Verbot des Handels mit exotischen Tieren

Artenschutz sowie der Schutz von Lebensräumen und Ökosystemen sind Krisenvorsorge. Laut Bundesumweltministerium kann Umwelt- und Naturschutz das Risiko zukünftiger Seuchen verringern. Ca. 70 Prozent der für Menschen gefährlichen Infektionserreger wie manche Coronaviren gehen von Tieren auf Menschen über¹. Wenn Ökosysteme durch Eingriffe des Menschen aus dem Gleichgewicht geraten oder zerstört werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Erreger durch die zunehmende Nähe der Tiere zum Menschen auf diesen übertragen. Auch der Handel mit exotischen Tieren ist als Ursache dafür bekannt. Eine wissenschaftliche Untersuchung hat ergeben, dass sich der Übergang von epidemischen Krankheiten von Tieren auf den Menschen in den letzten Jahrzehnten verdreifacht hat (*Nature* 2009). Intakte Ökosysteme können dies vermeiden und unterstützen die Menschen außerdem in ihrer Gesundheit: Viele Medikamente haben ihren Ursprung in der Natur, eine intakte Natur stellt sauberes Trinkwasser her und trägt dazu bei, gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen². Der Rückgang bestimmter Arten wie der Insekten (Bestäubung) kann zu Problemen bei der Lebensmittelversorgung führen. Um einzelne für uns wichtige Arten zu erhalten, ist aber immer der Erhalt der gesamten Biodiversität notwendig. Für deren Erhalt brauchen wir zudem klimastabile und möglichst naturnahe Wälder, aber auch um durch die Eigenproduktion des Rohstoffs Holz unabhängig von Importen zu sein.

8. Mehr Einsatz für saubere Luft

In der Corona-Krise wird diskutiert, dass die Luftverschmutzung insbesondere in den Metropolen zu einer Erhöhung des Risikos beiträgt, an einer schweren Lungenentzündung zu erkranken. Unstrittig ist, dass z.B. die Feinstaub- oder Stickoxidbelastung in den Städten grundsätzlich gesundheitsschädlich ist. Es muss

¹ Pressemitteilung BMU vom 02.04.2020 „Schulze: Weltweiter Naturschutz kann Risiko künftiger Seuchen verringern“ <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risiko-kuenftiger-seuchen-verringern/>; aufgerufen am 02.04.2020

² Bericht Weltbiodiversitätsrat 2019, zusammengefasst von UFZ „Das ‚Globale Assessment‘ des Weltbiodiversitätsrates IPBES“ https://www.ufz.de/export/data/2/228053_IPBES-Factsheet_2-Auflage.pdf; aufgerufen am 02.04.2020

unsere Aufgabe sein, jedes Gesundheitsrisiko zu vermeiden, auch um die negativen Folgen bei Pandemien, die die Atemwege oder die Lunge angreifen, wie der Corona-Virus, zu verringern. Deshalb sind die Anstrengungen zur Reinhaltung der Luft massiv zu verstärken.

9. Für eine nachhaltige Globalisierung - ökologische und soziale Standards als Grundlage für fairen Handel und faire Handelsabkommen

Bereits in der Corona-Krise wird intensiv besprochen, ob die immer weiter voranschreitende Globalisierung der richtige Weg ist. Zunehmende Abhängigkeiten, Dumpinglöhne und damit Armut in Drittstaaten oder einseitige Handelsabkommen können krisenverstärkend wirken. Oft findet Produktion dort statt, wo besonders geringe Umweltstandards oder Ansprüche an den Arbeitsschutz gelten. Weltweiter Handel kann aber auch sinnvoll sein, z.B. um global Wertschöpfung zu generieren. Auch ist Handel dort notwendig, wo Produkte oder Produktbestandteile nicht regional erzeugt werden können. Die Abhängigkeiten müssen dabei jedoch soweit wie möglich reduziert, zumindest aber diversifiziert werden. Der weltweite Handel und Handelsabkommen müssen fair gestaltet werden und ökologische sowie soziale Standards als zwingende Grundlage haben. Das dient auch zur Krisenvorsorge. Notwendig ist ungeachtet dessen auch eine internationale Zusammenarbeit, eine gegenseitige Unterstützung, ein internationaler Austausch und gemeinsames Vorgehen beim Schutz unserer Lebensgrundlagen. Für Krisenzeiten sollte die Politik auf die Möglichkeit der gegenseitigen Hilfe ausgerichtet sein, denn internationale Zusammenarbeit kann gerade in Krisen unabdingbar sein.

10. Nachhaltige Wirtschaft und Green Deal als Basis für Nachhaltigkeit

Um dies alles umsetzen zu können, brauchen wir eine nachhaltige Wirtschaft. Deren Notwendigkeit wird zwar regelmäßig beschworen, von einer Umsetzung dieser Erkenntnis hin zu tatsächlich mehr Nachhaltigkeit kann bisher nur in einigen wenigen Teilbereichen die Rede sein. Das Problem war bis jetzt, dass im Zusammenhang mit einer solchen Umstellung die Gefahr von vermeintlichen Umsatzeinbußen und Wettbewerbsnachteilen gesehen wurde. Der Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Corona-Krise bietet nun die einmalige Chance, das gesamte Wirtschaftssystem gleichmäßig nachhaltiger zu gestalten. Es ist Aufgabe der Politik, die Wirtschaft zukunfts- und krisensicher aufzustellen, anstatt sie ohne Rücksicht auf Umwelt und Nachhaltigkeit wieder irgendwie, so schnell wie möglich oder so wie vor der Krise zum Laufen zu bringen. Umweltschädliche Produktionsweisen oder die Produktion umweltschädlicher Produkte tragen zur Verstärkung von Krisen bei, können aber auch selbst einen Beitrag zur Entstehung von Krisen (z.B. Klimawandel) darstellen. Eine nachhaltige und damit zukunftsorientierte Wirtschaft wirkt Krisen entgegen, kann Arbeitsplätze auch in Krisenzeiten erhalten und erlangt Wettbewerbsvorteile.

Die aktuell laufenden Konjunkturprogramme müssen aus all den genannten Gründen gleichzeitig dem ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft dienen. So sollten beispielsweise kurzfristige Zahlungen an Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsweisen aktuell noch umwelt- oder klimaschädlich sind, an mittelfristige Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit gebunden werden. Bei Staatsbeteiligungen sollten Unternehmen verpflichtet werden, ihr Geschäftsmodell nachhaltig und

kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel zu gestalten. Ein Shutdown hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaft, er war aber in der Abwägung zwischen verschiedenen Schutzgütern notwendig, da die Gesundheit der Menschen Vorrang vor dem Schutz der Wirtschaft haben muss. Zur Vermeidung eventuell weit verheerenderer Krisen müssen in Zukunft Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei der Abwägung eine führende Rolle spielen. Dies kann gleichzeitig die Wirtschaft fördern und unterstützen und wirtschaftliche Probleme bei künftigen Krisen reduzieren helfen.

Wir müssen also jetzt auf nachhaltiges Wirtschaften, den Green Deal, setzen, die Wirtschaft unter nachhaltigen Gesichtspunkten wieder hochfahren und damit die Chance auf einen raschen Umstieg hin zu einer zukunftsorientierten und krisenfesten Wirtschaft ergreifen. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet die Schonung von Ressourcen, langlebige und reparaturfreundliche Produkte und eine konsequente Kreislaufwirtschaft.

Viele weitere Beispiele für die Notwendigkeit einer Politik, die unsere Lebensgrundlagen schützt, könnten angeführt werden.

Ein weiteres Ignorieren von Umweltschutz, Naturschutz und Klimaschutz wie vor der Corona-Krise trägt genauso wie ein nicht nachhaltiges Wirtschaftssystem zur Verschärfung von Krisen bei oder kann sogar selbst Krisen hervorrufen. Aus diesem Grund sind Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz und ein nachhaltiges Wirtschaftssystem und damit der Erhalt unserer Lebensgrundlagen unabdingbar, um zukünftige Krisen zu vermeiden oder Krisen wie eine Pandemie nicht noch dramatisch zu verstärken.

Jetzt muss gehandelt werden - wir haben es in der Hand.

München, 3. Mai 2020

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

**Christian Hierneis, MdL,
umweltpolitischer Sprecher**

Stand: Mai 2020



KONTAKT:

Christian Hierneis, MdL
umweltpolitischer Sprecher

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2553

christian.hierneis@guene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de